

Auf ein Wort vorweg: Mit neuen Kräften ins neue Jahr

Liebe Genossinnen und Genossen,

zur ersten Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahr konnten wir ein neues Mitglied unserer Fraktion begrüßen: Tobias Reis.

Der 35-Jährige arbeitet als Lehrer und ist Vorsitzender des OV Mitte. Er rückt nach für Brigitte Zypries, die ihr Stadtverordnetenmandat zum 01.01.2019 niedergelegt hat und die wir in der Dezembersitzung des Stadtparlaments verabschiedet haben. An dieser Stelle nochmals herzlich Dank an Brigitte für ihr Engagement. Wir hatten mit unserer Ex-Ministerin stets eine kompetente Beraterin in vielerlei Fachfragen. Als Kandidatin bei den Kommunalwahlen erzielte sie obendrein ein sehr gutes Ergebnis, von dem auch wir profitierten. Brigitte, wir werden Dich vermissen.



Aber wir wollen nach vorne schauen: Mit Tobi haben wir einen jungen, engagierten Genossen gewonnen und Fachkompetenz für unsere Bildungspolitik. Er wird deshalb unsere Fraktion im Ausschuss für Bildung und Schule vertreten, neben Klaus Uebe. Dafür scheidet Moritz Röder auf eigenen Wunsch aus diesem Ausschuss aus. Moritz, vor kurzem zum zweiten Mal Papa geworden, möchte ein wenig entlastet werden – zumal er auch im Ausschuss für Sport und Gesundheit für uns aktiv ist und sich obendrein als Ortsvorsteher in Wixhausen engagiert.

Durch Tobi konnten wir Moritz Wunsch umsetzen. Und nun starten wir mit neuen Kräften ins neue Jahr.

Euer

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Michael Siebel". The signature is written in a cursive, slightly stylized font.

Michael Siebel
Fraktionssprecher

Anne Marquardt: Wir stehen für eine soziale Stadt, die Menschen unterstützt

„Bald könnte es 1,2 Millionen Menschen ohne Wohnung geben“, titelte die „Zeit“ am Valentinstag. Immer mehr Menschen in der Bundesrepublik werden wohnungslos. Das gilt vor allem für die Großstädte. „Wir als Kommune sind ordnungsrechtlich dazu verpflichtet, Menschen ohne Dach über dem Kopf unterzubringen“, betonte Anne Marquardt im Stadtparlament.



Was leitet Marquardt aus der Pflicht ab? „Es ist wichtig, dass es in Darmstadt Angebote gibt, wo diejenigen, die Hilfe möchten, auch Hilfe bekommen.“ Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion bewertet Wohnungs- und Obdachlosigkeit in den allermeisten Fällen als nichts, was sich die Betroffenen ausgesucht haben. Trennung, Krankheit und, oder der plötzliche Jobverlust, das sind für sie Schicksalsschläge, die uns alle treffen können. „Wer wirtschaftlich und sozial abgesichert ist, kann das meist besser wegstecken. Und genau das ist der springende Punkt: immer mehr Menschen verlieren diese Absicherung - sei es weil sie im Niedriglohnsektor arbeiten oder weil die Mieten immer weiter steigen“, sagte Marquardt. Wer also von einer „bestimmten Klientel“ spreche, wie das Stadtkämmerer Schellenberg im Haupt- und Finanzausschuss gemacht habe, verschließe die Augen vor den politischen und sozialen Ursachen.

„Wir stehen für einen Sozialstaat und eine soziale Stadt, die Menschen unterstützt und auffängt, egal welche Biographie sie haben“, bekräftigte die Sozialdemokratin. In den Darmstädter Unterkünften können Menschen, die obdachlos geworden sind, einen Platz finden. Gerade im Winter ist das besonders wichtig. Marquardt weiter: „In der Satzung stört uns jedoch nach wie vor, dass die 86.000 Euro Leasing-Kosten der Container in der Gräfenhäuser Str. 157 in die Berechnungen einfließen. Auch wenn es nur ein kleiner Teil der Menschen ist, die für die Nutzung der Unterkunft eine Gebühr zahlt. Aber diese Menschen sollten nicht für die Leasing-Kosten aufkommen.“

Tim Huß: Klärungsbedarf

„Die Umgehungsstraße ist tot, lang lebe die Umgehungsstraße? Für ein modernes Verkehrskonzept statt Phantomdebatten“, so der Titel der Aktuellen Stunde, die auf Antrag der SPD-Fraktion nun im Stadtparlament stattfand.

„Wir haben heute eine Aktuelle Stunde beantragt, weil wir in der Verkehrspolitik Klärungsbedarf sehen“, erläuterte der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion, Tim Huß. Die Verkehrspolitik wurde lange Zeit kontrovers diskutiert – in der Stadtverordnetenversammlung ebenso wie in den Parteien.



Bis 2011 hat auch die SPD für die Nord-Ost-Umgehung gekämpft, wie Huß ausführte. „Aber auch bei uns wurde diskutiert. Als ich 2009 bei den Jusos angefangen habe, waren wir eine kleine Minderheit in der SPD, die gegen ein großes Straßenprojekt war“, erinnerte er sich. Nach 2011 hätten dann Teile der alten Regierung mit einem neuen Koalitionspartner sehr konsequent daran gearbeitet, die Nord-Ost-Umgehung abzuplanen. „Als ich 2014 hier ins Parlament nachgerückt bin, war klar: Eine Umgehungsstraße, auch mit einem anderen Verlauf, ist mausetot. Von daher bitte ich um Verständnis, dass wir vom einen oder anderen Ereignis in dieser Legislaturperiode überrascht sind und Klärungsbedarf sehen“, meinte Huß.



Schon kurz nach der Kommunalwahl 2016 habe der Oberbürgermeister gemeinsam mit dem Landrat auf dem Kotlettpfad eine neue Umgehung ins Spiel gebracht. Da war von einem strukturierten Prozess die Rede, den man anstoßen wolle, mit Arbeitsgruppen und viel Bürgerbeteiligung. Huß fragte hierzu. „Ist da irgendetwas passiert?“ 2017 habe der Oberbürgermeister in seiner Wahlkampfzeitung einen Oberfeld-Tunnel ins Spiel gebracht und eine Prüfung versprochen. „Wird geprüft, gibt es bereits ein Ergebnis, was läuft eigentlich?“, wollte Huß wissen. Vor kurzem war es dann der Junior in der Regierungskoalition, die CDU, die mit einer neuen Ost-Umgehung nachgezogen ist. Für ein Parlament stellt sich da schon die Frage: Welche Überlegungen und Planungen gibt es in der Verwaltung und im Magistrat? „Sind das alles nur Ideen, die niemand wirklich ernst nehmen muss, oder ist die Abkehr von der Abkehr einer Umgehungsstraße längst vollzogen? Ich finde: Es ist Zeit, Parlament und



Öffentlichkeit darüber aufzuklären, ob eine neue Ost-Umgehung geplant ist oder nicht“, so der Verkehrsexperte.

Er fand es obendrein ein bisschen ironisch, dass ausgerechnet diejenigen, die die Umgehungsstraße einst abgeplant haben, sie nun immer wieder auf die Tagesordnung der Stadtverordnung hieven. Und diejenigen, die einst die Federführung der Umgehungsstraße hatten, setzen seit drei Jahren auf alternative Verkehrskonzepte, wie Huß ausführte. „Ich bin der

Überzeugung: Die Zeiten des großen Straßenbaus sind vorbei. Und sie werden nie wieder kommen. Aber ich möchte der Bitte der CDU nachkommen, im Hier und Jetzt und realistisch auf das Thema neue Ost-Umgehung zu schauen“, sagte der Sozialdemokrat.

Für ihn steht jedoch fest: Neue Straßen führen zu neuen Autos. Studien kommen sogar zu unmittelbaren Effekten. Die Vergrößerung des Straßennetzes um einen Prozent führe zu einem Anstieg des Autoverkehrs um einen Prozent. Huß Schlussfolgerung: „Eine neue Ost-Umgehung würde ihren eigenen Entlastungseffekt für die Gesamtstadt zunichtemachen, da sie nur den zusätzlichen Autoverkehr, ausgelöst durch ihren Bau, aufnehmen kann.“ Ein irrsinnig großer Straßenneubau sorge unter dem Strich also für deutlich mehr Autoverkehr und führe jedes lokale oder regionale Klimaziel ad absurdum. „Hinzu kommt übrigens noch, dass wir mit erheblichen Baumfällungen und Umwelteingriffen zu tun hätten“, gab Huß zu bedenken.

Was käme denn an Planungen auf uns zu? Die alte Nord-Ost-Umgehung hat 40 Jahre Planungszeit in Anspruch genommen. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 ist noch nicht mal perspektivisch eine Umgehungsstraße für Darmstadt vorgesehen. Es ist daher nicht vorstellbar, dass eine neue Umgehungsstraße weniger als 25 Jahre Planungszeit in Anspruch nimmt, wie Huß betonte. Zu den Kosten: Die alte Nord-Ost-Umgehung, inklusive Bürgerparktunnel, hätte rund 200 Millionen Euro gekostet. Die Trassenführung hatte zum Stadtkern einen relativ engen Radius. Eine Ausweitung des Radius' – und alles andere wäre absurd für Huß – würde den Straßenkörper der neuen Umgehungsstraße erheblich verlängern. Hinzu kommen die gestiegenen Baukosten. Das heißt, selbst wenn der Bürgerparktunnel wegfallen würde, ist davon auszugehen, dass eine neue Umgehungsstraße mindestens 200 Millionen Euro kosten würde, eher mehr, wie der Sozialdemokrat vorrechnete. „Ich fasse zusammen: Eine neue Ost-Umgehung würde ewig dauern, ist sauteuer, macht die Umwelt kaputt und führt zu mehr statt weniger Autoverkehr. Und das unterstreicht: Ein neues Megastraßenprojekt wird die Verkehrsprobleme in Darmstadt nicht lösen“, bekräftigte der SPD-Mann.

Trotzdem war er der CDU dankbar, dass sie nach den „Mini-Maßnahmen der Stadt“ eine langfristige Perspektive öffnen und diskutieren wolle. Huß: „Aber wenn wir schon in einem Zeitraum von Jahrzehnten und Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe reden, lassen Sie mich mal eine alternative Vision dieser Stadt zeichnen: Ich wünsche mir eine Stadt, die Zentrum eines ÖPNV-Netzes ist, das tief in die Region hineinreicht. In der der ÖPNV vollständig kostenlos ist. In der wir folglich die Straßen entlasten und so überall breite und sichere Radwege haben. Ich wünsche mir eine Stadt, in der Bus, Bahn und Fahrrad die wichtigsten Verkehrsmittel sind. Und statt weiter Phantomdebatten über ein unrealistisches Megastraßenprojekt zu führen, lasst uns in die Mobilität der Zukunft investieren.“ So will Huß die Straßenbahn in den Ostkreis endlich in Angriff nehmen, die Kosten für das ÖPNV-Jahresticket deutlich senken, mehr Radwege bauen und dabei keine Konflikte scheuen.



Der Verkehrsexperte abschließend: „Ein guter, günstiger ÖPNV, gut ausgebaute Radwege, das wären echte Beiträge für eine langfristig gedachte, nachhaltige Verkehrspolitik in Darmstadt. Keine echten Beiträge sind dagegen, jährlich eine Umgehungsstraße ins Spiel zu bringen. Das verunsichert die Bevölkerung, weil niemand mehr weiß, was die Regierung eigentlich will. Sie haben jetzt die Gelegenheit zu erklären, was Sie eigentlich wollen. Ich bin gespannt.“

Michael Siebel: Bauverein wurde zur Melkkuh der Stadt gemacht



„Die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2017 sind mitnichten das Ergebnis der Einsparmaßnahmen des Kämmers, sondern sie resultieren aus einer guten Wirtschaftslage und einer hervorragenden Einnahmesituation in allen Steuerbereichen“, stellte SPD-Fraktionschef Michael Siebel im Stadtparlament klar.

Es ist die Aufgabe der Opposition, das Haushaltsgebaren politisch zu bewerten und genau das tat Siebel – wie gewohnt in der gebotenen Klarheit.

Einen wesentlichen Beitrag zur Deckung der Haushaltslücken leisteten die Städtischen

Unternehmen und insbesondere auch die Bauverein AG, wie der Sozialdemokrat ausführte. „Ich stelle erneut nicht nur in Frage, dass dies eine falsche Strategie ist“, betonte er. Sein Argument: Der Bauverein halte einen großen Anteil an Sozialwohnungen in Darmstadt. Seine Aufgabe sei es, preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, den Sanierungsstau in den Wohnungen zu beseitigen und neuen, preiswerten Wohnraum zu bauen.

„Diese Aufgabe wird dadurch in Frage gestellt, dass der Bauverein in den letzten Jahren zur Melkkuh der Stadt gemacht wurde“, monierte Siebel und erklärte für die SPD-Fraktion, „wir wollen, dass die Bauverein AG in den kommenden fünf Jahren keine Ausschüttungen tätigen muss, um den Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt in Darmstadt gerecht zu werden.“



Sachlich richtig habe der Kämmerer festgestellt, dass nach drei aufeinander folgenden Jahren eines ausgeglichenen Haushalts der Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Stadt endet.

„Aber Sie verschweigen die Spätfolgen dieses Vertrags“, kritisierte Siebel. „Das haben sie im Rahmen der Haushaltsberatungen im Übrigen auch für die Hessenkassen getan.“

Wie der Finanzpolitiker ausführte, muss ab 2020 eine Liquiditätsreserve gebildet werden. Das Problem dabei. „Wir wissen heute noch nicht, wie wir die darstellen können. Und eine richtige Idee dazu haben Sie auch noch nicht.“



Zudem kritisierte Siebel, dass die grün-schwarze Stadtregierung die Kostensteigerungen bei den Großprojekten noch immer nicht im Griff hat. „Wir haben uns jetzt gemeinsam auf den Neubau des Nordbads und auf die Sanierung des Berufsschulzentrums eingelassen. Aber immer wieder kommt es zu exorbitanten Kostensteigerungen. Das darf nicht hingenommen werden und das muss immer wieder kritisiert werden.“

Aus all diesen politischen Gründen stimmte die SPD-Fraktion dem Jahresabschluss nicht zu und weigerte sich, den Magistrat zu entlasten.

Yasemin Aslan: Neue Holzverkaufsorganisation für den Stadtwald



„Zugegeben, die Vorlage der grün-schwarzen Koalition ist doch sehr technisch. Aber auch notwendig. Denn bereits seit 1.1.2019 darf Hessen Forst nicht mehr das Holz aus dem Darmstädter Stadtwald verkaufen“, betonte die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Yasemin Aslan.

Gerichtlich festgehalten wurde, dass Hessen Forst kommunales Holz nicht mehr verkaufen darf. Das betrifft auch den Darmstädter Stadtwald. Bestehende Verträge dürfen noch bis 1. September abgewickelt werden. Da für neue Verträge kein Vertragspartner vorhanden sind, besteht Handlungsbedarf, wie Aslan ausführte. „Und zwar nicht nur, um Einnahmeverluste in der Darmstädter Stadtkasse zu verhindern, wie es in einem Satz der Vorlage heißt.“ Dieser Argumentation kann die SPD-Fraktion nämlich nicht folgen. „Wir wollen und stehen zu unserer Holzernte und Holzverkauf aus dem Darmstädter Stadtwald“, erklärte Aslan.

Holz wird als Energielieferant genauso benötigt wie für den Haus- und Möbelbau. „Für die globale Ökobilanz ist die regionale Ernte und Verkauf allemal sinnvoll“, meinte die Umweltpolitikerin.

Die Gründung einer neuen Holzverkaufsorganisation als AöR, gemeinsam mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und dem Landkreis Offenbach unterstützt die SPD-Fraktion, „da so eine interkommunale Zusammenarbeit gewährleistet werden kann. Der irreführende Name einer Holzvermarktung anstelle Holzverkauf hingegen sollte vermieden werden“, riet Aslan.



Kurz gefragt & schnell beantwortet



Ursula Knechtel: „Welche Ergebnisse liegen mittlerweile aus der Untersuchung des Bodenuntergrunds am Platanenhain (Frühsommer 2018) vor?“

OB Jochen Partsch: „Im Sommer 2018 wurde das Sachverständigenbüro für urbane Vegetation in Arbeitsgemeinschaft mit dem Sachverständigenbüro Boden & Baum beauftragt, ein Gutachten zur eingehenden Untersuchung des Platanenhains auf der Mathildenhöhe zu erstellen. Des Weiteren wurde ein artenschutzfachliches Gutachten in Auftrag gegeben. Die Gutachten liegen dem Grünflächenamt in der Zwischenzeit vor und es besteht noch Klärungsbedarf mit den beiden Gutachterbüros. Sobald die Gutachten endgültig fertig gestellt sind,

werden die parlamentarischen Gremien und die Öffentlichkeit in die weiteren Entscheidungsprozesse eingebunden. Dies wird voraussichtlich im April geschehen.

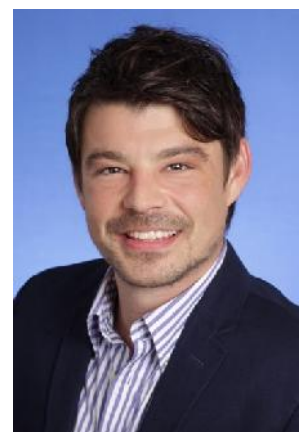
In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Berichterstattung im Darmstädter Echo am Samstag, den 09.02.2019, unter der Rubrik „meine Woche“, in der es heißt, dass „ich angeblich bereits im Sommer dieses Jahres bis zu 100 geschädigte Platanen im Hain gegen neue Exemplare austauschen lassen will“, falsch ist.

Wie ich bereits im letzten Jahr im Rahmen eines Pressetermins erläutert habe, kann die Sanierungsmethode für den Platanenhain – je nach dem Ergebnis der Gutachten – auch die Anzucht von Ersatzbäumen zur Folge haben, wofür unter Umständen ein entsprechender Zeitraum einkalkuliert werden muss. Bereits damals habe ich darauf hingewiesen, dass eine Sanierung des Platanenhains nicht vor dem Jahr 2020 geschehen kann und wird. Ich wiederhole noch einmal: Wir wollen ein schonungsvolles Vorgehen bei der Sanierung des Platanenhains, um diesen einmaligen Ort ökologisch, denkmalgerecht und zukunftssicher zu erhalten.“

Tobias Reis: „Wie oft wird das Durchfahrverbot für LKW kontrolliert und welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat vor zu Einhaltung des LKW-Durchfahrverbots, bzw. zum Verstoß dagegen?“

BGM Rafael Reißer: „Das Verbot wird zwei Mal im Monat kontrolliert. Seit Juli 2018 hat es 15 Kontrollen gegeben.

Hierbei wurden insgesamt 281 LKW kontrolliert, bei denen 113 Ordnungswidrigkeiten festgestellt wurden. Zudem wurden 68 PKW kontrolliert, bei denen 61 Ordnungswidrigkeiten festgestellt wurden. Insgesamt gab es 349 Fahrzeugkontrollen, bei denen 174 Ordnungswidrigkeiten festgestellt wurden.



Dabei sei erwähnt, dass die als Ordnungswidrigkeit geahndeten Fälle nicht allein Durchfahrverbote betreffen, sondern auch Verstöße wegen Ladungssicherung und Lenkzeiteinhaltung erfassen. Mehr als die Hälfte der geahndeten Fälle betreffen das Durchfahrverbot.“



Santi Umberti: „Ist dem Magistrat bekannt, dass der Fußweg an der Jägertorstraße in einem Zustand ist, der Menschen mit Rollator, Rollstuhl oder Kinderwagen zwingt, bei Regen auf die Straße auszuweichen und was gedenkt er dagegen zu tun?“

OB Jochen Partsch: „Der betreffende Fußweg ist mit einer wassergebundenen Oberfläche befestigt. Insbesondere bei Regen- oder Tauwetter ist die Oberflächenqualität deutlich schlechter als bei bituminös oder mit Pflaster befestigten Wegen. Diese Situation ist bekannt. Der EAD wurde aktuell vom Straßenverkehrs- und Tiefbauamt damit beauftragt, sich die Angelegenheit vor Ort anzuschauen und ggf. Ausbesserungen vorzunehmen.“

Unabhängig davon wird zurzeit an der Ausbauplanung für die Jägertorstraße gearbeitet. Künftig wird auch der betreffende Wegeabschnitt befestigt sein. Ergänzend soll eine separate Radverkehrsanlage hergestellt werden. Die Magistratsvorlage zum Ausbau der Jägertorstraße wird noch im Frühjahr 2019 in die parlamentarischen Gremien eingebracht werden.“

Michael Siebel: „Welche Auswirkungen hat der von Bund und Ländern gefundene Kompromiss für die Grundsteuerberechnung und Erhebung auf die Wissenschaftsstadt Darmstadt und die Einnahmesituation im Haushalt?“

BGM Rafael Reißer: „Bislang liegen nur wenige Eckpunkte für ein neues Grundsteuerkonzept vor. Da derzeit einige Bundesländer – so beispielsweise Bayern – den Kompromiss des Bundes und der Länder bereits wieder in Frage gestellt haben, bzw. Änderungen für notwendig halten, ist eine Abschätzung der Auswirkungen für die Wissenschaftsstadt Darmstadt kaum möglich.“



Es zeichnet sich aber ab, dass die Ermittlung des Grundsteuermessbetrages, auf den die Kommunen ihren Hebesatz anwenden, weiterhin durch die Finanzämter der Länder erfolgen soll. Auch die steuerliche Sachbearbeitung (z.B. Bearbeitung von Widersprüchen gegen die Grundsteuerfestsetzung) wird weiterhin durch die Behörden der Länder übernommen. Insofern wird auf die Wissenschaftsstadt Darmstadt voraussichtlich kein erhöhter Erhebungsaufwand zukommen. Da zudem die Schnittstellen zur Datenübertragung zwischen den Finanzämtern und den Kommunen digitalisiert werden sollen, ist perspektivisch mit weniger Aufwand zu rechnen. Derzeit werden die Grundsteuermessbeträge noch auf Papier von den Finanzämtern an die Kommunen übermittelt, die diese Daten händisch einpflegen.

Die Einnahmesituation der Wissenschaftsstadt Darmstadt wird sich durch eine neue Grundsteuersystematik nicht verändern, da die Kommunen die Grundsteuerhebesätze so anpassen werden, dass in Summe die Erträge aus der Grundsteuer konstant bleiben.“